



/ GASTKOMMENTAR /

Das Budget 2018: alles wie gehabt



HANNES ANDROSCH
ist Industrieller,
ehemaliger SPÖ-
Finanzminister sowie
Vizekanzler der Ära
Kreisky.

Kein Grund, für das Budget der neuen Regierung den Hut zu ziehen:
Es vernachlässigt Zukunftsaufgaben und erhöht die Schuldenberge.

UNTER DEN SECHS parteigleichen Vorgängern des neuen Finanzministers hat sich die Staatsschuld Österreichs seit 2000 von 140 auf 290 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Darin sind die damals ausgegliederten Bereiche wie Bahn, Post, Telekommunikation, Hoch-, Autobahn- und Straßenbau sowie Katastrophenschutz mit ihren Investitionen und damit verbundenen Schulden gar nicht mehr enthalten. Allein die Asfinag hat zehn Milliarden Euro Schulden. Ohne diese Ausgliederungen wären somit Defizit und Schuldenberg der Republik weit höher. Vergleiche mit den Budgets früherer Jahre sind folglich falsch und damit irreführend.

Mittlerweile ist auch Österreich im Sog der internationalen Konjunktur. Dies führt zu sprudelnden Steuereinnahmen ebenso wie zu geringeren Ausgaben bei Arbeitslosenunterstützung oder Pensionszuschüssen. Die exorbitante kalte Steuerprogression mit ihren schleichenden Steuererhöhungen spült zusätzliche Einnahmen ins Budget, allein für 2018 etwa 1,8 Milliarden Euro. Das (noch) niedrige Zinsniveau bringt zudem circa zwei Milliarden geringere Ausgaben und der Wegfall der Kosten für die Bankenrettung (Hypo Alpe Adria!) weitere fünf Milliarden Euro. Dazu sollen Einsparungen im System – sprich: Kürzungen bei Bedürftigen – von 2,5 Milliarden kommen. Dennoch reicht all dies nicht für ein ausgeglichenes Budget 2018. Sollte sich das Zinsniveau nur um zwei Prozentpunkte erhöhen, würde dies wieder zusätzliche Ausgaben von über sechs Milliarden Euro bedeuten.

Die Budgettrede war noch nicht verhallt, da wurden die Ausgaben schon wieder erhöht und hat so mancher Minister Nachverhandlungen für beträchtliche Mehrausgaben avisiert, obwohl der Kanzler vollmundig kundtat, allen Bereichen gehe es besser als früher. Tatsächlich aber bekommt die Landesverteidigung das bislang schlechteste Budget, weit entfernt von dem Versprechen „ein Prozent des BIP“. Österreichs Beitrag zur Sicherung der EU-Außengrenze sind dann wohl ein paar berittene Polizisten und nicht mehr flugfähige Eurofighter.

In der Justiz herrscht Empörung über geplante Personalkürzungen, die die Rechtssicherheit verringern. Universitäten und Grundlagenforschung bleiben massiv unterdotiert, und Schulen und

Kindergärten bekommen zu wenig Mittel, um flächendeckend Ganztagsunterricht beziehungsweise -betreuung zu ermöglichen. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur bleibt ein Stiefkind, Österreich damit weiterhin Nachzügler in diesem Zukunftsbereich. Und zur Ablenkung von sieben Jahren erfolgloser Integrationspolitik soll nun das AMS im wahrsten Sinne „den Kopf hinhalten“.

GLEICHZEITIG WIRD MIT sozialer Kälte von unten nach oben umverteilt. Beispiel: die Indexierung der Familienbeihilfe. Diese soll sich nicht nach den einbezahlten Beiträgen richten, sondern nach dem Preisniveau der getätigten Ausgaben. Nach diesem Grundsatz müssten dann auch die Pensionen jener gekürzt werden, die in Sopron einkaufen und zum Zahnarzt gehen. Dies ist nicht nur rechtswidrig, sondern auch fremdenfeindlich.

Dafür aber gönnt sich die harmonisch rauchende Regierungsspitze – einer aktiv, der andere passiv – großzügig Millionen an Spielgeld für Propaganda. Damit ist das Budget 2018 alles andere als ein großer Wurf.

Dringend notwendige Akzente wurden nicht gesetzt, weder im Pensions- und Gesundheitsbereich noch in der Pflege, bei Subventionen oder dem öffentlichen Dienst. Auch eine Steuerreform mit Verringerung der Steuerbelastung, Reduzierung der Lohnnebenkosten oder Beseitigung der kalten Progression ist nicht vorgesehen. Während Deutschland trotz geringerer Steuerbelastung und mehr Mittel für Zukunftsausgaben einen Budgetüberschuss von 36 Milliarden Euro erzielt, werden wir auf Jahre hinaus mit Versprechungen getröstet. Dies gilt auch für das Budget 2019, dessen Nulldefizit, noch mehr aber ein konjunkturpolitisch machbarer Überschuss, frommer Wunsch bleibt.

Das Doppelbudget beseitigt weder die Schieflage der öffentlichen Finanzen, noch erreicht es solide Staatsfinanzen, sondern erhöht trotz Rekordsteuerbelastung die Schuldenberge und vernachlässigt Zukunftsaufgaben. Kein Grund, den Hut zu ziehen. ■

**|| Dringend
notwendige
Akzente werden
nicht gesetzt. ||**